

Aktionswoche der IG Metall in Baden-Württemberg: Arbeitszeitverlängerung führt nicht weiter

Die Arbeitsplätze sichern!

Vielfältige Aktionen gab es in Baden-Württemberg zur Aktionswoche der IG Metall – Motto: Arbeitsplätze sichern statt Arbeitszeit verlängern. Metallerrinnen und Metallarbeiter zeigten Alternativen zu Arbeitszeitverlängerung und für eine sozial gerechte Politik auf.

Die Info-Tische in den Städten waren zum Teil dicht umlagert, wie etwa die Heidelberger IG Metall berichtet. Auch in Friedrichshafen, Gaggenau, Singen und Tauberbischofsheim wurden die Alternativen zur Politik von Rot-Grün und zu den noch weiter gehenden Kahlschlag-Konzepten von Schwarz-Gelb dargestellt. In Offenburg folgte auf den Aktionstag eine Montagsdemonstration. Neben den öffentlichen Aktionen gab es auch betriebliche, zum Beispiel bei der Heidelberger Druck und SAP. In Friedrichshafen zeigten sich Betriebsräte etwa von ZF, MTU und EADS (Dornier) einig gegen Arbeitszeitverlängerung. Bei WMF in Geislingen informierten die Vertrauensleute die Beschäftigten und sammelten über 800 Unterschriften. ◀



**Oben: Info-Stand in Singen – IG Metall und Verdi gemeinsam aktiv gegen Arbeitszeitverlängerung
Unten links: Bei Aktionstag und Montagsdemo in Offenburg die Alternativen der IG Metall aufgezeigt
Unten rechts: Heidenheimer IG Metall-Frauen sammelten Unterschriften zum Arbeitnehmerbegehren**



Mahle: 5000 Beschäftigte demonstrieren für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze

Beschäftigungsgarantie gefordert

Bis zu 2000 der bundesweit 9500 Arbeitsplätze sind in Gefahr – fürchten die Mahle-Betriebsräte. Rund 5000 Beschäftigte protestierten deshalb für ihre Forderung nach einer Beschäftigungsgarantie – darunter die Belegschaften in Markgröningen, Stuttgart-Bad Cannstatt und Lorch. Der Konzernbetriebsratsvorsitzende Bernd Hofmaier-Schäfer forderte: „Wir wollen eine Zukunft ohne die tägliche Angst um den Arbeitsplatz und die ständige Bedrohung durch Verlagerung an Billiglohnländer wie Polen und China.“ ◀



Protest bei Mahle Markgröningen: Beschäftigungsgarantie statt Kahlschlag

Elektro-Handwerk

► **Kundgebung am 12. November:** Die Elektro-Handwerker Baden-Württembergs wollen am 12. November vor dem Verbandshaus der Elektro-Arbeitgeber demonstrieren. Grund: Die Arbeitgeber verweigern weiterhin eine Lösung des Tarifkonflikts. Ende Februar sind die Tarifverträge ausgelaufen – seitdem müssen die Beschäftigten auf ihre verdienten Einkommenserhöhungen warten. Die Arbeitgeber lehnten bisher alle Kompromissvorschläge der IG Metall ab. Weitere Infos zur Kundgebung gibt's bei der örtlichen IG Metall-Verwaltungsstelle. ◀

IG Metall fordert Tarifvertrag für zusätzliche Ausbildungsstellen in Baden-Württemberg

Der Ausbildungspakt funktioniert nicht

Die Bilanz bei den Ausbildungsplätzen des Jahres 2004 in Baden-Württemberg für die Metall- und Elektroindustrie ist ernüchternd: „Die Zahl der neuen Ausbildungsverträge wurde gegenüber 2003 nicht gesteigert, sondern ist trotz steigender Bewerberzahlen zurückgegangen“, sagte IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann. Die IG Metall fordert jetzt einen Tarifvertrag für zusätzliche Ausbildungsstellen.

In Baden-Württemberg gab es im September knapp 70 000 gemeldete Ausbildungsstellen und 87 000 Bewerber – also eine Lücke von rund 17 000. Für die Metallindustrie meldete der Arbeitgeberverband Südwestmetall 2004 knapp 7500 Ausbildungsplätze und damit weniger als 2003 (da waren es 7700). Eine Umfrage der IG Metall in rund 800 Betrieben hat ergeben, dass nur ein Drittel die Zahl der Lehrstellen erhöht hat. Bei zwei Dritteln ist sie gleich geblieben oder gesunken.

„Das ist ein Alarmzeichen für



Foto: Graffini/Schorz

Aktion der IG Metall-Jugend vor dem Stuttgarter DGB-Haus: Ein Tarifvertrag für mehr Ausbildungsplätze muss her!

die Wettbewerbsfähigkeit der Metallindustrie im Land“, sagte Hofmann: „Spätestens in fünf, sechs Jahren suchen die Unternehmen verzweifelt nach Fachkräften.“ Der von der Wirtschafts angebotene Ausbildungspakt

funktioniere nicht. Deshalb müsse jetzt eine tarifliche Regelung her. Für die Jahre 2005 bis 2007 müssten jährlich 8000 Lehrstellen geschaffen werden, also je Jahr 500 zusätzliche im Vergleich zu der Lehrstellenzahl von 2004.

Die finanziellen Mittel sollen über einen Fonds bereitgestellt werden. Die IG Metall-Tarifkommission befasste sich Ende Oktober damit (nach Redaktionsschluss). Aktuelle Infos unter www.bw.igm.de. ◀

Textil und Bekleidung: Über 5000 Warnstreikende in Baden-Württemberg – Tarifbindung für OT-Betriebe!

Mit Druck und Engagement zum Tarifergebnis

Mit Druck aus den Betrieben konnte für die Textil- und Bekleidungsindustrie Baden-Württemberg das Tarifergebnis erzielt werden: Über 5100 Beschäftigte aus dem Südwestens beteiligten sich an Warnstreiks.

Die Forderung der Arbeitgeber nach Öffnung der Tarifverträge konnte abgewehrt werden. Für 2005 gibt es Einmalzahlungen und ab 2006 eine Entgelterhöhung um 1,8 Prozent. Die IG Metall Baden-Württemberg

bedankt sich bei allen Warnstreikenden: „Das war toll“, so Monika Lersmacher von der Bezirksleitung. Jetzt geht es darum, die im Vorfeld der Tarifrunde aus dem Arbeitgeberverband ausgetretenen Betriebe (zum Beispiel

Coats) wieder in die Tarifbindung zu bekommen. Dazu startete die IG Metall eine Unterschriftensammlung. Die Betriebe werden aufgefordert, die Rechtssicherheit der Arbeitsbedingungen wieder zu gewährleisten. ◀



Foto: IGM

Warnstreik-Bilder: Links Hartmann (Heidenheim), Mitte Lauffenmühle (Lörrach). Rechts: Coats Freiburg – Beschäftigte fordern Rückkehr in die Tarifbindung

Vertrauensleutekonferenz der IG Metall Baden-Württemberg: „Nah dran und kompetent“

„Kompetente Berater der Beschäftigten“



Foto: Jürgen Peters

Konferenz der IG Metall-Vertrauensleute Baden-Württemberg: Schlüsselrolle als betriebliche Experten

Nah dran und kompetent – das sind die Vertrauensleute der IG Metall. „Keine andere Massenorganisation hat ein so weit gespanntes und dichtes Netz von Menschen, die sich in ihr engagieren“, sagte IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann. In der Vertrauensleutekonferenz diskutierten fast 300 Metallerinnen und Metaller über ihre Arbeit und zukünftige Herausforderungen.

Eine der wichtigsten Anforderungen an zukunftsfähige Gewerkschaften formulierte Klaus Bresser, ehemaliger ZDF-Chef-

redakteur, so: Sie müssten für den Grundsatz stehen, dass Beschäftigte auch künftig von ihrer Hände Arbeit leben könnten.

Für Bezirksleiter Jörg Hofmann macht sich der Wandel zum Beispiel an einer dramatischen Veränderung in der Beschäftigtenstruktur fest: Der Anteil gut qualifizierter Beschäftigter sei heute auf über 75 Prozent gewachsen. Dazu komme die massive Internationalisierung der Unternehmen, der Einfluss des Kapitalmarktes auf das Denken der Geschäftsführer und

eine Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und der sozialen Systeme.

Hofmann skizzierte fünf zentrale Aufgaben für künftiges Handeln: Erstens die Beschäftigungssicherung durch Sicherung und Weiterentwicklung des Standorts Baden-Württemberg und seiner Betriebe. Innovation und Qualität drohten durch kurzfristiges Renditedenken der Arbeitgeber gefährdet zu werden. Zweitens solle die Arbeitszeitfrage offensiv thematisiert werden: „Arbeitszeitverlängerung vernichtet tau-

sende von Arbeitsplätzen.“ Drittes Thema sei die Umsetzung des ERA-Tarifvertrages, wo den Vertrauensleuten als den betrieblichen Experten eine Schlüsselrolle zukomme. Die Arbeitgeber versuchten zur Zeit, die ERA-Umsetzung zur Kostensenkung auszunutzen: „Diese Strategie müssen wir offensiv durchkreuzen“, so Hofmann.

Viertens blieben die sozialpolitische Reformdebatte und die Alternativen der IG Metall auf der Tagesordnung. Und fünftens, nicht zuletzt die Gewinnung von Mitgliedern: „Die Organisationskraft der IG Metall in den Betrieben zu erhalten ist die politischste aller Fragen“, sagte der Bezirksleiter. Vertrauensleute seien die ehrenamtlichen und kompetenten Berater der Beschäftigten. Dieses Profil müsste stärker sichtbar gemacht werden, so Jörg Hofmann. ◀

Rieber Betzingen: Maulkorb für die Betriebsratsvorsitzende

Beim Großküchen-Hersteller Rieber in Betzingen bei Reutlingen soll die Betriebsratsvorsitzende Carmen Holler entlassen werden. Der Grund: Sie hatte sich kritisch über die zweifelhafte Rolle von Beratern bei der Sanierung des Unternehmens geäußert. Die Geschäftsleitung warf der schwerbehinderten Metallerin vor, sie hätte den Ruf und die Kreditwürdigkeit der Firma nachhaltig geschädigt. Dabei beruhen alle Äußerungen Carmen Hollers auf Beschlüssen des Betriebsrats, wie die IG Metall Reutlingen-Tübingen mitteilt. Die Delegiertenver-

sammlung der IG Metall hat sich voll hinter Holler gestellt, die schon 35 Jahre lang bei Rieber arbeitet. „So lange die unfassbare Kündigungsabsicht icht bedingungslos zurückgenommen wird, werden wir keinen weiteren Tarifvertrag zur Sanierung des inzwischen wieder gesunden Unternehmens unterschreiben“, sagte Reutlingens IG Metall-Chef Gert Bauer. Darauf forderte die Rieber-Geschäftsleitung eine Unterlassungserklärung von Carmen Holler, wonach sie künftig „keine negativen Äußerungen“ über die Firma mehr machen dürfe. Gert Bauer: „Wo man die Wahrheit nicht mehr Wahrheit nennen darf, wird Recht zu Unrecht.“

Würde so etwas Schule machen, gäbe es bald keine Betriebsräte mehr: „Welcher Betriebsrat hat nicht schon mal seine Geschäftsleitung kritisiert?“ fragt Bauer. Die Rieber-Geschäftsleitung hat unterdessen im Oktober das Arbeitsgericht angerufen, mit dem Ziel, die Kündigung gerichtlich durchzusetzen. Die IG Metall kündigte an, dass Carmen Holler „mit Sicherheit nicht alleine sein“ werde. Aktuelle Infos auf der Internet-Seite der IG Metall Reutlingen-Tübingen: www.reutlingen.igm.de. ◀

Kontaktstellen Frau und Beruf: Wirtschaftsminister will die Förderung kürzen
Der im Rahmen der Kürzungen

im Doppelhaushalt 2005/2006 geplante schrittweise Ausstieg des Wirtschaftsministeriums aus der Förderung der neun Kontaktstellen „Frau und Beruf“ wird vom DGB Baden-Württemberg heftig kritisiert. Die Kürzung bedeute eine Infragestellung der seit zehn Jahren erfolgreichen Arbeit. Die stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Leni Breymaier warf Wirtschaftsminister Ernst Pfister vor, er mache „Tabula rasa“ bei der Frauenförderung, während Vorgänger Döring die Kontaktstellen bei ihrem 10-jährigen Jubiläum im Juni noch gelobt hatte. „Zum Jubiläum hoch gelobt, jetzt vor die Tür gesetzt“, so kritisierte Leni Breymaier. ◀